

SPD-Fraktion	20.08.2020
An: Bürgermeisterin Sonja Leidemann	ggf . Nummer AN1520
<input checked="" type="checkbox"/> Antrag gemäß § 9 Geschäftsordnung (Änderungsantrag) <input checked="" type="checkbox"/> Vorschlag zur Tagesordnung (§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung) zur Beratung im: HFA und Rat <input type="checkbox"/> Anfrage (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme	nachrichtlich <input checked="" type="checkbox"/> Bürgermeisterin <input type="checkbox"/> Ausschussvorsitzender d. <input type="checkbox"/> SPD-Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> CDU-Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion bürgerforum <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion DIE LINKE. <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion Solidarität für Witten <input checked="" type="checkbox"/> FDP-Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion WBG <input checked="" type="checkbox"/> Piraten <input checked="" type="checkbox"/> WITTEN DIREKT <input type="checkbox"/> Pro NRW <input checked="" type="checkbox"/> fraktionslose Ratsmitglieder <input type="checkbox"/> Integrationsrat

Betreff
Änderungsantrag zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung - Straßenmusik

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Beschlussvorschlag:

Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, den neuen § 2a der Ordnungsbehördlichen Verordnung anders als vorgeschlagen zu gestalten. Er soll eine Anzeige- anstelle einer Genehmigungspflicht beinhalten und sich bei den weiteren Regelungen an den Vorbildern der Städte Dortmund und Münster orientieren.

Begründung:

Es war das Ziel unseres Antrags für eine Sympathische Straßenkultur, die Innenstadt zu beleben und kulturell zu bereichern. Eine sehr bürokratisch ausgestaltete Genehmigungspflicht, die zudem noch mit einer hohen Gebühr einhergeht, wird diesen Zweck nicht erfüllen. Damit aber zu jeder Zeit nachvollzogen werden kann, wer in der Fußgängerzone seine Darbietungen präsentiert, wäre eine Anzeigepflicht hilfreich. Schwarze Schafe können schnell ausgesondert werden, wenn sie dieser Pflicht nicht nachkommen oder gegen andere Regelungen verstoßen. Die Stadt Dortmund z. B. verfügt auch ohne eine Anzeige- oder Genehmigungspflicht über ein geeignetes Instrumentarium, die Regeln zur weitgehenden Zufriedenheit aller Beteiligten durchzusetzen.

gez.
Dr. Uwe Rath
Fraktionsvorsitzender

gez.
Walter Sander
Ratsmitglied

gez.
Frank Krebs
Ratsmitglied